

L1 Klimagerechtigkeit jetzt

Gremium:	Landesvorstand
Beschlussdatum:	10.10.2018
Tagesordnungspunkt:	8. Anträge
Status:	Zurückgezogen

Mitteuropa erlebte 2018 einen weiteren Rekordsommer und die Landwirtschaft beklagt ein weiteres Mal hohe Ernteausfälle. Was jedoch in den Industriestaaten durch technische und finanzielle Aufwendungen kompensiert werden kann, bedeutet für viele Menschen in anderen Teilen dieser Erde eine existenzielle Bedrohung. Eine Bedrohung, für die sie nicht verantwortlich sind. Hauptverantwortlich für Umweltzerstörung und Treibhausgasemissionen sind vor allem Industriestaaten wie Deutschland. Doch nicht sie sind es, die die Hauptfolgen der menschengemachten Klimaveränderung zu tragen haben.

Die Bewohner*innen von Inselstaaten wie Kiribati, Küstenregionen wie in Süd-Myanmar oder Gebieten, die von Hitzewellen und Verödung betroffen sind, sind am massivsten und direktesten schon jetzt von der Klimakrise betroffen. Wenn diese Menschen vor Hunger und Elend fliehen, das sie nicht selbst zu verantworten haben, dann ist es die Pflicht der EU, diesen Klimageflüchteten eine Aufenthaltserlaubnis für die Europäische Union anzubieten. Zudem muss Klimaflucht als offizieller Fluchtgrund in die Genfer Konvention aufgenommen werden.

Es ist unsere Pflicht, die Klimakrise einzudämmen und für Klimagerechtigkeit zu sorgen!

Energie

Das Abwenden einer Klimakatastrophe ist nicht möglich, ohne einen baldmöglichsten Ausstieg aus der fossilen Energieerzeugung.

Um mit gutem Beispiel voranzugehen soll die Landesregierung auf allen Landesgebäuden, bei denen es effizient ist, Photovoltaikanlagen anbringen. Wir fordern die Landesregierung auf, eine Initiative zum Verbot von Kohle Import und Export in den Bundesrat einzubringen und sich ganz klar für einen möglichst schnellen Kohleausstieg auszusprechen. Das Land muss die Errichtung von Windkraftanlagen, bevorzugt in kommunaler Trägerschaft unterstützen, um einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten.

Wir fordern ein klares Bekenntnis der Landesregierung zum 1,5°C-Ziel der Vereinten Nationen und ein aktives Einsetzen dafür, dass die nötigen Treibhausgaseinsparungen in RLP erreicht werden.

Verkehr

Der Verkehrssektor ist maßgeblich verantwortlich für klima- und gesundheitsschädigende Emissionen.

Dabei ist die schädlichste Mobilitätsform hierbei der motorisierte Individualverkehr.

Deshalb muss endlich diese Form des Individualverkehrs eingeschränkt und der gesamte Sektor von den fossilen Energiequellen gelöst werden.

41 Unser Ziel ist es, die Mobilität der Menschen zu gewährleisten, ohne dabei
42 unsere Lebensgrundlagen zu zerstören. Dies geht nur durch sukzessives
43 Zurückdrängen des motorisierten Individualverkehrs und die politische und
44 finanzielle Unterstützung der Verkehrsträger des öffentlichen Personenverkehrs
45 und des Fahrrads. Auch deshalb fordern wir den Stopp von Autobahnneubauten, wie
46 etwa des A1-Lückenschlüssen in der Eifel.

47 Der Flugverkehr gehörten zu den klimaschädlichsten aller Reisearten. Flugreisen
48 werden bei billigen Fluglinien zu Dumpingpreisen angeboten. Kerosin ist
49 steuerfrei - Bahnstrom jedoch nicht. Wir fordern hier einen Kurswechsel. Der
50 Steuersatz auf Leistungen des Schienenverkehrs und Bahnstrom soll auf 0%
51 verringert werden (mit Pflicht zur Weitergabe an Kund*innen). Inlandsflüge
52 müssen durch attraktive Zugverbindungen an Reiz verlieren.

53 Elektrifizierung und Modernisierung von Regionalbahnstrecken, wie etwa der
54 Bahnstrecke Neustadt(Weinstr.)-Landau-Kalsruhe oder Köln-Gerolstein-Trier kann
55 einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und das Angebot attraktiver
56 machen. Elektrifizierte Nebenbahnstrecken können dann auch zur Entlastung der
57 stark belasteten Strecken genutzt werden. Auch deshalb muss Rheinland-Pfalz auf
58 Nachbesserungen, neben den lächerlichen 5 Millionen Euro, die dazu im
59 Bundeshaushalt eingeplant sind, hinarbeiten und auch eigene Gelder zur Verfügung
60 stellen.

61 Die Reaktivierung von Bahnstrecken, etwa den Strecken der Hunsrückquerbahn, der
62 Zellertalbahn oder der Strecke Landau-Germersheim muss weiter forciert werden.

63 Der Nah- und Fernverkehr muss jedem Menschen, egal ob in der Vulkaneifel oder in
64 Mainz zugänglich sein und ein attraktives Angebot darzustellen. Dazu gehört
65 insbesondere eine Verdichtung des Fahrtaktes, vor allem in den Abendstunden, und
66 die intelligente Vernetzung mit anderen Verkehrsmitteln, wie etwa durch Car
67 Sharing, elektrifizierte Lastenräder und Fahrräder.

68 Wir fordern einen kostenlosen, umlagefinanzierten öffentlichen Nahverkehr und
69 eine Steigerung der Investitionen, insbesondere in das Schienennetz.

70 Ein wichtiges Schlüsselement in der Entwicklung eines CO² neutralen Verkehrs
71 stellt das Fahrrad da. Hierzu müssen Fahrradwege besser ausgebaut, beschildert
72 und unterhalten werden. Aber nicht nur der Ausbau der Fahrradwege muss
73 betrachtet werden. Genauo wichtig ist es, dass bei der Neuanlage von Straßen ein
74 Fahrradweg verbindlich miteingeplant und errichtet wird. Vor allem bei Neu- und
75 Umbaumaßnahmen von Gebäude- und Parkflächen müssen Fahrradstände und
76 Ladestationen für E-Bikes errichtet werden. Außerdem sollten Fahrräder generell
77 kostenfrei in allen öffentlichen Verkehrsmitteln mitgenommen werden können.
78 Nur so können wir eine nahtlos ineinanderübergehende, kooperative, ökologische
79 Mobilität ermöglichen.

80 81 Abfall/Konsum

82 Unser Wirtschafts- und Konsumverhalten hat einen enormen Einfluss auf den
83 Planeten und dessen Bewohner*innen. Hier zeigt sich ein deutliches
84 Missverhältnis bei Verursachenden und Leidtragenden dieses Einflusses.
85 Die Konsumgesellschaften der Industriestaaten produzieren direkt und indirekt
86 die meisten Emissionen und Abfälle. Die Folgen davon haben aber in vielen Fällen

87 die Menschen in Nicht-Industriestaaten zu tragen.
88 Der Export von Müll muss komplett verboten werden und eine verpflichtende
89 Recycling-Quote beschlossen werden.
90 Auch muss mehr dagegen getan werden, dass Müll überhaupt entsteht. Die
91 Verpackung von beispielsweise Obst und Gemüse in Plastik entbehrt jeder Logik
92 und muss aufgrund ihrer ökologischen Folgen ebenso wie Plastiktüten verboten
93 werden.
94 Die Vorschriften für Verpackungen müssen kritisch hinterfragt werden und
95 gegebenenfalls angepasst werden.
96 Auf die Benutzung von Einwegplastik in Produkten aller Art fordern wir eine
97 Abgabe, die in einen Fond einzuzahlen ist, der Maßnahmen gegen
98 Umweltverschmutzung fördert.
99 Eine Möglichkeit wäre diese Gelder in den Green Climate Fund der UN einzuzahlen.
100 Zum Schutz unsere Gewässer fordern wir darüber hinaus die Hafenmüllgebühr
101 abzuschaffen, um keine Anreize zur illegalen Verklappung zu setzen. Ferner muss
102 besonders bei dem Verladen und Ablöschen von Düngemitteln auf einen besseren
103 Umweltschutz geachtet werden.
104 Auch bei Großveranstaltungen wie Musikfestivals müssen die Veranstalter
105 verpflichtet werden, auf die Vermeidung von Müll zu achten und sind
106 verpflichtet, den Besuchern nur umweltfreundlichere Alternativen zu
107 Einwegplastik zur Verfügung zu stellen. Auch das Trennen von Müll muss den
108 Besuchern von Großveranstaltungen immer ermöglicht werden.
109 Auch unsere kleinsten Abfälle, wie beispielsweise Mikroplastik oder
110 pharmazeutische Rückstände.

111 Landwirtschaft

112 dieser Abschnitt wird nachgereicht